

Ressort: Politik

Mietpreisbremse wird verschärft - Vormiete muss offengelegt werden

Berlin, 04.02.2018, 17:21 Uhr

GDN - Die sich anbahnende Große Koalition will die Mietpreisbremse verschärfen. Die Vormiete müsse künftig offengelegt werden, sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Natascha Kohnen zum Abschluss der Arbeitsgruppe für Wohnen und Stadtentwicklung bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin.

Die mögliche Modernisierungumlage soll zudem von elf auf acht Prozent gesenkt und eine Kappungsgrenze eingeführt werden. Demnach darf die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen. Der Bund soll auch über 2019 hinaus sozialen Wohnungsbau betreiben, mindestens zwei Milliarden Euro sollen dafür investiert werden. Hierfür wollen Union und SPD eine Grundgesetzänderung erreichen - wofür sie allerdings noch Stimmen anderer Fraktionen brauchen. Ein Baukindergeld von bis zu 1.200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre soll Familien dazu animieren, in die eigene Immobilie zu investieren und damit die Eigentumsquote erhöhen. Hierfür soll eine Einkommensgrenze von 75.000 Euro, zuzüglich eines Freibetrages von 15.000 Euro pro Kind gelten.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-101646/mietpreisbremse-wird-verschaerft-vormiete-muss-offengelegt-werden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com